

KOMMENTAR

Gibt es eine „soziale Gerechtigkeit“?

VON HANNES BURGER

Die SPD hat einen „Gerechtigkeits-Wahlkampf“ angekündigt. Dagegen kann niemand sein bis sie sagt, wer davon auf wessen Kosten gewinnen soll. Gerechtigkeit ist ursprünglich ein theologischer Begriff – bezogen auf das Verhältnis zwischen Gott und Mensch. Bereits in der Bibel haben Propheten Israels vollkommene Gerechtigkeit nur Gott zugeschrieben und sich viele Gedanken gemacht zur Übertragung auf die menschliche Gemeinschaft: Was ist gerecht und wer ist ein Gerechter? Der Apostel Paulus und später Martin Luther haben sich ebenso oft damit auseinandergesetzt wie Politiker und Philosophen.

Irdische Gerechtigkeit gilt als Grundwert, auf dem eine Rechtsordnung aufbaut, die jedem das ihm Zukommende gibt und ihm das Seine belässt. Gerechtigkeit im juristischen, ökonomischen und sozialen Bereich war in der Menschheitsgeschichte stets das wichtigste politische Thema. Entschieden haben die darüber, die an der Macht waren, daher haben Ungerechtigkeiten jeder Art zu Aufständen, Revolutionen und Kriegen geführt. In Deutschland geht heute alle Macht vom Volke aus, repräsentiert durch gewählte Volksvertreter. Diese streiten daher in Parlamenten und Wahlkämpfen über eine gerechtere Justiz und gerechtere Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Politik soll allen Bürgern gleiche Chancen, Rechte und Pflichten geben, die ihnen gerechterweise zukommen, aber auch einen Ausgleich für das Gemeinwohl suchen. Dabei handelt es sich um die „iustitia distributiva“, die Verteilungsgerechtigkeit. Dafür hat die SPD in den sechziger Jahren das politische Ziel der „Sozialen Gerechtigkeit“ erfunden, aber in langen Regierungszeiten mit drei SPD-Bundeskanzlern und drei Großen Koalitionen nie diese „Fata morgana“ erreicht. Denn es geht immer um unterschiedliche Interessen: Wer etwas bekommt, hält das für sozial gerecht, wer dafür bezahlen soll, eher für ungerecht.

Soziale Gerechtigkeit lässt sich daher weder von Parteitagten noch von Regierungen einfach beschließen, weil sie subjektiv jeweils anders wahrgenommen wird. Es wird daher immer neue subjektive und objektive Ungerechtigkeiten geben, die man nachjustieren muss. Sie abzubauen und die Balance fürs Gemeinwohl wieder herzustellen ist das Einzige, was Politik schaffen kann. Aber Verschuldung oder Enteignung erzeugt nur neue Ungerechtigkeiten.

Dennoch kämpfen Sozialromantiker unverdrossen mit diesem moralisch hochwertigen Slogan, aber immer nur als Forderung an andere. Gerechtigkeit als menschliche Tugend liegt zudem im Konflikt mit den Lasten Neid, Geiz und Habgier. Unter sozialer Gerechtigkeit verstehen Alte anderes als Junge, Familien anderes als Ledige, Sparer anderes als Leichtlebige und Faule anderes als Fleißige. Was ist gerecht und steht wem aus eigener Fähigkeit und Leistung zu oder aus Leistungen von Vorfahren? Wo muss die Gemeinschaft den wirklich Schwächeren helfen? Ist Armut selbstverschuldet, Vermögen zu Unrecht erworben, Eigentum schon versteuert? Soziale Gerechtigkeit ist halt leicht gefordert, geht aber schwer und ist nur für den Wahlkampf brauchbar.

200. Partner im Bündnis für Familie

Familienbewusste Personalpolitik

Das Bündnis für Familie begrüßt den 200. Partner in seinem Netzwerk für ein familienfreundliches Nürnberg. Die Raben Trans European Germany GmbH mit Sitz im Nürnberger Hafen sagt „ja“ zu einer familienbewussten Personalpolitik, die den Arbeitgeber für alle Generationen im Unternehmen attraktiv erhält. Die Niederlassung Nürnberg von Raben Trans European bietet branchenunabhängige Dienstleistungen in der Beschaffungs-, Distributions- und Logistik an. 200 Einrichtungen, Verbände, Schulen, Initiativen und Unternehmen gehören mittlerweile zum Bündnis für Familie. Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Förderung eines fa-

milienfreundlichen Lebensumfelds, sowie die Unterstützung von Eltern in ihrer Rolle Aufgaben, denen sich das lebendige Netzwerk stellt. > BSZ

Familien finden auf der Homepage des Bündnisses viele wertvolle Tipps und Informationen: www.bff-nbg.de



Die Raben Trans European Germany GmbH ist 200. Partner im Nürnberger Bündnis für Familien: Niederlassungsleiter Hans-Jörg Kramer und Betriebsratsvorsitzende Claudia Peter.

FOTO STADT NÜRNBERG/DORIS REINCKE

Steigende Lohnkosten in China

Fackelmann unter Druck

Wegen steigender Lohnkosten und teurer Sozialstandards in China muss der Haushaltsgerätehersteller Fackelmann kleinere Brötchen backen. Nach einer rasanten Wachstumsphase hat sich das in Hersbruck bei Nürnberg ansässige Unternehmen im Vorjahr mit einem Mini-Wachstum zufrieden geben müssen. Der Umsatz des Firmenverbundes seit 2016 im Vergleich zu 2015 nur um 0,5 Prozent auf 382 Millionen Euro gestiegen,

berichtet diese Woche Firmenchef Alexander Fackelmann.

Wegen der erhöhten Produktionskosten in den vier chinesischen Fackelmann-Werken seien die dort hergestellten Produkte preislich nicht mehr so konkurrenzfähig gewesen wie früher, das habe zu einer sinkenden Nachfrage in vielen der 35 weltweiten Fackelmann-Niederlassungen geführt und das Umsatzwachstum gebremst. > BSZ



Betriebsinhaber Stephan Fischer will George Dampley aus Sierra Leone in seiner Bootswerft am Starnberger See fest anstellen.

FOTO GRONAU

Beschäftigung von Asylbewerbern: In Bayern erhitzt die Diskussion über die Arbeitsgenehmigungen die Gemüter

Verlässliche Beschlüsse erwünscht

Die Entrüstung über die Beschränkung von Arbeitsgenehmigungen für Flüchtlinge schlägt immer höhere Wellen. Eine Resolution von Helferkreisen liegt vor, ein Gespräch mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) wird angepeilt – und das Innenministerium lässt seiner umstrittenen Anweisung vom Dezember eine Ergänzung folgen. Nach der seit bestimmte Verbote von Arbeitsgenehmigungen gar nicht zulässig.

„Du musst arbeiten“, sagt George Dampley, „dann baust du deine Zukunft.“ Der 30-Jährige aus Sierra Leone ist, das ist un schwer zu erkennen, begeistert von seiner Tätigkeit. Dreieinhalb Jahre lang hat er in der Bootswerft Fischer in Bernried am Starnberger See eine Lehre absolviert, regelmäßig ist er nach Travemünde an der Ostsee in die Berufsschule gefahren. Vor ein paar Tagen hat er seine Prüfung bestanden. Nun will ihn Betriebsinhaber Stephan Fischer in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen. Den Arbeitsvertrag hat Dampley schon, die Arbeitsgenehmigung noch nicht. Die bisherige Arbeitsgenehmigung sei nur auf den Lehrvertrag bezogen gewesen, sagt Vreni Fischer, die Frau des Inhabers. Aber die Genehmigung ist angekündigt worden. Dampley ist zuversichtlich, dass er seine Arbeit schon am kommenden Dienstag aufnehmen kann. Bei einem weiteren Flüchtling dagegen sind sich die Fischers nicht sicher, ob sie mit ihm einen Lehrvertrag abschließen dürfen. Der stammt nämlich aus Afghanistan – und Flüchtlinge von dort scheinen ein wenig zum Spielball von Politik und Behörden geworden zu sein.

rechtlich unzulässig bezeichnet – und ebenso Entscheidungen über die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung.

In den Ausländerämtern, was Wunder, gibt es keine klare Linie. Während die Behördenpraxis zur Beschäftigung von Flüchtlingen nach der Anweisung des Ministeriums vielerorts als restriktiv bezeichnet worden ist, haben entgegen gesetzte Beispiele umso mehr Aufsehen erregt. Besonders in den Landkreisen Starnberg und München-Land wird der Umgang mit den Arbeitsgenehmigungen als eher großzügig geschildert. Die Landräte beider Kreise stünden auf der Seite der Helfer, sagt der evangelische Pfarrer Jost Herrmann, der die Unterstützerkreise im Landkreis Weilheim-Schongau koordiniert.

Das Hin und Her der Politik

Nun, nach der ministeriellen Anweisungsergänzung, kommt es gelegentlich zu erstaunlichen Hoppla-hopp-Beschlüssen, die belustigen könnten, wenn die Sache für die Betroffenen nicht so ernst wäre. Einem Flüchtling aus Afghanistan, der in einer Gaststätte einen Job bekommen hat, wurde am Montag voriger Woche im Landkreis Weilheim-Schongau erst mal die Arbeitsgenehmigung verweigert – und zwei Tage später erhielt er dann plötzlich doch die Zusage.

Das Hin und Her von Politik und Behörden sorgt für Verständnislosigkeit – in den Helferkreisen ebenso wie in Unternehmen, die sich alle gemeinsam mit beträchtlichem Engagement um Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge bemühen. In einem Helferkreis hat eine Frau in dieser Woche von einem Mann aus Afghanistan berichtet, der seit einem Jahr arbeiten will. Sie habe ihn überredet, erst einmal ordentlich Deutsch zu lernen, damit er später bessere Berufsaussichten hat. Das habe er getan und die Stufe „A2“ erreicht. Aber arbeiten darf er nun nicht, wie sie entnervt hinzufügte. „Wie sich die Frau fühlt, können Sie sich vorstellen“, sagt Pfarrer Herrmann, „von den vielen in den Flüchtlingsberufsschulungsklassen ganz zu schweigen.“ Die hätten oft zwei Jahre investiert, um nun zu hören: Nein, das war dann nichts, sorry. „Und wir haben sie zur Berufsschule überredet“, kommentiert der Pfarrer bitter: „Hätten sie doch besser gearbeitet.“ Die ganze Energie in den Helferkreisen gehe nun hier „verloren“, sie werde aufgebraucht – „obwohl wir die Motivation und Kraft auf ganz anderen Bereichen dringend bräuchten.“

Realistische Chancen

Die durch das ministerielle Schreiben ausgelöste Diskussion schlägt mittlerweile immer höhere Wellen. Zustimmung von allen Seiten erhalten Pfarrer Herrmann und seine Mitstreiter zu einer Resolution, die bei einem von ihnen organisierten „Asylgipfel“ Ende Januar in Tutzing (Kreis Starnberg) einstimmig beschlossen worden ist. Die bayerische Staatsregierung habe mit ihrer Anweisung an die Ausländerbehörden eine Grenze überschritten, kritisieren die Flüchtlingshelfer aus mehr als 50 Kommunen. Es sei völlig inakzeptabel, dass eine Arbeitsgenehmigung nach der Schutzquote festgelegt werde. Der Erlass des Innenministeriums wird als bayerischer Sonderweg bezeichnet.

Die Forderungen in der Resolution: Kein Arbeitsverbot für Asylbewerber, keine Restriktionen bei Bildungsangeboten und Ausbildung, keine Abschiebung in der gegenwärtigen Situation nach Afghanistan. Pfarrer Herrmann hofft innerhalb der nächsten zwei Wochen auf ein Gespräch mit seinem Namensvetter, dem bayerischen Innenminister. Der hatte bisher argumentiert, dass es illegal sei, wenn Ausländer nach Deutschland kämen und keinen Asylantrag stellten. Die betreffenden Personen dürften nicht auch noch zusätzlich durch eine Beschäftigung belohnt werden, denn damit würden falsche Anreize zur Zuwanderung geschaffen. Doch die Ergänzung zur Anweisung, die schon nach kurzer Zeit für erforderlich gehalten wurde, wird schon so gedeutet, als sei im Ministerium nicht alles ganz durchdacht gewesen.

Die Forderungen in der Resolution: Kein Arbeitsverbot für Asylbewerber, keine Restriktionen bei Bildungsangeboten und Ausbildung, keine Abschiebung in der gegenwärtigen Situation nach Afghanistan. Pfarrer Herrmann hofft innerhalb der nächsten zwei Wochen auf ein Gespräch mit seinem Namensvetter, dem bayerischen Innenminister. Der hatte bisher argumentiert, dass es illegal sei, wenn Ausländer nach Deutschland kämen und keinen Asylantrag stellten. Die betreffenden Personen dürften nicht auch noch zusätzlich durch eine Beschäftigung belohnt werden, denn damit würden falsche Anreize zur Zuwanderung geschaffen. Doch die Ergänzung zur Anweisung, die schon nach kurzer Zeit für erforderlich gehalten wurde, wird schon so gedeutet, als sei im Ministerium nicht alles ganz durchdacht gewesen.

Kammern beschwerten sich

In der bayerischen Wirtschaft reichen die Reaktionen auf die Regierungsanweisung von Verwunderung bis zu Kritik, die unter anderem in Beschwerdebriefen von Unternehmen bei den Kammern geäußert wird. Auch für Verständnis bei besonderen Anforderungen wird geworben. In der Herzogsägmühle in Peiting (Kreis Weilheim-Schongau), einer sozialen Einrichtung der Diakonie, arbeiten mehrere Flüchtlinge in unbezahlten Praktika. „Aus humanitären Gründen muss es erlaubt sein, Praktika zur Tagesstruktur anzubieten“, sagt Direktor Wilfried Knorr, „und das machen wir in Herzogsägmühle aus Überzeugung.“ Wie ein Gegenpol zur bayerischen Regelung wirkt ein Maßnahmenkatalog, den der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Dachverband der Kammern, vor zwei Wochen vorgestellt hat: Mit ihm soll die berufliche Integration von Geflüchteten erheblich verbessert und beschleunigt werden – und

Betrieben soll es erleichtert werden, Zugewanderten eine berufliche Perspektive zu bieten. Der DIHK empfiehlt eine deutliche Verfahrensbeschleunigung und den Abbau von Bürokratie. Auch auf den Beschäftigungspekt der bayerischen Wirtschaft mit der Staatsregierung zur Integration von Flüchtlingen pocht die Wirtschaft. Vertraut worden war unter anderem auf die sogenannte 3+2-Regelung, nach der Flüchtlinge, die mit einer Ausbildung begonnen haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus die Lehre auf alle Fälle beenden und anschließend noch zwei Jahre weiter arbeiten können.

120 Helferkreise

120 Helferkreise haben sich nach Angaben von Jost Herrmann innerhalb kurzer Zeit aufgrund der Tutzinger Resolution bereits gemeldet. Der Pfarrer versucht unterdessen, auch auf politischem Weg weiterzukommen. So hat er in dieser Angelegenheit mit dem CSU-Stimmkreisabgeordneten Harald Kühn Kontakt aufgenommen. In dessen Büro war auf Nachfrage der Staatszeitung vorerst noch keine konkrete Aussage in der einen oder anderen Richtung zu bekommen. „Wir wollen es uns erst mal anhören“, sagte ein Mitarbeiter nach Rücksprache mit Kühn ausweichend. Mit solchen Reaktionen wohl rechnend, haben sich Helfer aus dem Unterstützerkreis Penzberg Asyl in dieser Woche lieber direkt an den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gewandt. Mit einem offenen Brief haben sie ihn aufgefordert, die „ebenso unsinnige wie gefährliche Weisung vom 19. Dezember“ zurückzunehmen. Dem bayerischen Regierungschef wird in dem Brief vorgehalten, er zürme mit seiner Politik und Wahlkampfaktivismus in der Furcht vor der Gefahr von rechts nicht alle schutzlosen Menschen, die Zuflucht gesucht haben, sondern auch seine eigenen Bürger und Wähler, die sich durch ehrenamtliche Arbeit für ihren Staat und seine Werte einsetzen.

Ob und wie derartige Kritik in der Staatskanzlei zur Kenntnis genommen wird, darüber scheint man sich in den Helferkreisen nicht ganz sicher zu sein. Beim Tutzinger Asylgipfel war auch eine Umfrage zur Wertschätzung der Helfer abgehalten worden. Ergebnis: Von den Bürgermeistern fühlen sie sich zu „fast 100 Prozent“ wertgeschätzt, von den Landräten etwas weniger. Die Wertschätzung der Helfer durch die bayerische Staatsregierung, sagte Pfarrer Herrmann, sei nach der Umfrage „null“. > LORENZ GOLICHLICH